

AfD-Anzeige führt zu Ermittlungen gegen Egger und Sibelius

Fast acht Monate, nachdem die AfD-Fraktion Strafanzeige gegen Ex-Kulturdezernent Egger und Ex-Intendant Sibelius gestellt hat, wurde von der Staatsanwaltschaft Trier ein Ermittlungsverfahren wegen „des Anfangsverdachts der Untreue“ aufgenommen.

Damit wird endlich auch die strafrechtliche Seite einer Affäre aufgearbeitet, die den Steuerzahler mindestens 3 Millionen Euro gekostet hat.

Wir begrüßen diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft außerordentlich. Es kann nicht sein, dass die beiden Hauptverantwortlichen für das finanzielle Desaster am Theater einfach aus den rechtlichen Folgen ihres Fehlverhaltens entlassen werden. Genau dies aber war die Absicht der übrigen Ratsfraktionen. Um vom eigenen Versagen abzulenken, wollte man möglichst schnell wieder zur Tagesordnung

übergehen. So zahlte man Herrn Sibelius für die Auflösung seines Vertrages eine Abfindung in Höhe von 300.000 Euro und entließ Herrn Egger mit einer vollständigen bzw. teilweisen Gehaltsfortzahlung bis Januar 2018 und einer monatlichen Pension von 2300 Euro bis an sein Lebensende. Ohne die Anzeige der AfD-Fraktion wäre es bei diesen „Konsequenzen“ für eine Steuerverschwendung größten Ausmaßes geblieben. Denn auch von den Stadtratsfraktionen, die Egger und Sibelius bis zuletzt Rückendeckung gegeben haben, hat niemand Verantwortung für den entstandenen Millionen-Schaden übernommen. Umso erfreulicher ist es, dass jetzt die juristischen Verantwortlichkeiten von einer unabhängigen Instanz geklärt werden – nicht zuletzt im Hinblick auf mögliche Regressforderungen seitens der Stadt. Selbstverständlich ist damit keine Vorverurteilung verbunden. Sollten aber am Theater gesetzliche Bestimmungen missachtet worden sein, dann ist es zwingend notwendig, die Schuldigen auch zur Rechenschaft zu ziehen.

FÜR TRIER AKTIV!



Michael Frisch, MdL
Mitglied des Stadtrates Trier
Steuerungsausschuss



Christa Kruchten-Pulm
Mitglied des Stadtrates Trier
Dezernatsausschuss 4



Simon Schröder
Dezernatsausschuss 3



Mario Hau
Dezernatsausschuss 2



Sascha Weckmann
Büroleitung

V.i.S.d.P.: AfD Fraktion im Stadtrat Trier · Michael Frisch · Am Augustinerhof 1 · 54290 Trier

Satz & Design: Mario Hau **Text:** Michael Frisch, Mario Hau **Auflage:** 45.000

Wir weisen darauf hin, dass der Redaktionsschluss für diese Ausgabe der „Blauen Post“ am 28.12.2017 war. Spätere Ereignisse konnten also nicht mehr berücksichtigt werden.



DIREKTE DEMOKRATIE
Blau Lagune als Vorbild
Seite 8 & 9

FAMILIENPOLITIK
Freiheit & Gerechtigkeit
Seite 11

PARKEN IN TRIER
Bürgerfreundliche Lösungen
Seite 6 & 7

Liebe Trierer,

wenn man den Meinungsforschern glauben darf, dann ist das Interesse der Bürger an der Kommunalpolitik in den vergangenen Jahren stetig gesunken. Auch die niedrige Wahlbeteiligung bei Stadtrats- oder Bürgermeister-Wahlen und die abnehmende Bereitschaft, ein Ehrenamt in der Gemeinde zu übernehmen, sind Indizien für diese These. Ganz offensichtlich haben viele Menschen selbst auf kommunaler Ebene den Glauben daran verloren, dass sie politisch etwas bewegen können. Sie fühlen sich nicht ernst genommen mit ihren Anliegen und Wünschen, ja sie haben oft den Eindruck, von Entscheidungen, die sie ganz unmittelbar betreffen, letzten Endes ausgeschlossen zu sein.

Für die Demokratie ist diese Entwicklung höchst bedenklich. Wenn sich Wähler und Gewählte immer mehr voneinander entfremden, wenn Politikverdrossenheit immer weiter um sich greift, dann geraten die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft in Gefahr. Wir als AfD wollen dieser Gefahr begegnen, indem wir uns auf allen Ebenen für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in Ergänzung der vorhandenen parlamentarischen Strukturen einsetzen. Daher begrüßen wir es, dass vor kurzem der erste Bürgerentscheid in unserer Stadt durchgeführt worden ist. Es wäre wünschenswert, zukünftig bei allen wichtigen Fragen der Kommunalpolitik von diesem Instrument der Mitbestimmung Gebrauch zu machen. Die in den kommenden Jahren anstehende Entscheidung über das Theater könnte hier ein nächster Schritt sein.

Auch mit der dritten Ausgabe der „Blauen Post“, die Sie heute in der Hand halten, möchten wir einen Beitrag zu mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung



Michael Frisch, MdL
Fraktionsvorsitzender AfD im Stadtrat Trier

leisten. Sie informiert über das politische Stadtgeschehen des vergangenen Jahres, gibt Einblicke in die Arbeit unserer Fraktion und will dabei auch aufzeigen, wie vielfältig, spannend und vor allem wichtig Kommunalpolitik ist. Vielleicht fördert die Lektüre bei dem einen oder anderen den Wunsch, sich dann doch einmal einzumischen und die eigenen Kompetenzen zum Wohl der Allgemeinheit einzubringen. Die AfD-Fraktion freut sich jedenfalls über jegliche Unterstützung bei ihrem Engagement für ein lebens- und liebenswertes Trier.

In diesem Sinne beste Grüße

Michael Frisch

Fraktionsbüro der AfD

Gebäude III · Raum 10
Am Augustinerhof 1
54290 Trier

Öffnungszeiten:

Montag & Donnerstag jeweils 14 bis 18 Uhr

Rufen Sie uns an:

0651 718 40 40 (Mo. - Fr. von 12-19 Uhr)

E-Mail:

afd.im.rat@trier.de



Anträge im Stadtrat:

- 13.01.17 Einrichtung eines Männerbeauftragten
- 08.03.17 Kostenersparnis Stadttheater I
- 04.04.17 Gedenktafel Marx-Statue
- 04.04.17 Bürgerentscheid zur Marx-Statue
- 26.06.17 Bürgermeisteramt & Sozialdezernat trennen
- 28.09.17 Kostenersparnis Stadttheater II
- 19.09.17 Fachstelle „Demokratie leben“ neu vergeben
- 14.12.17 Parkprobleme in der Innenstadt beheben
- 14.12.17 Konzept Kostenersparnis Stadttheater
- 14.12.17 Zusätzliche Räume für das Seniorenbüro

Anfragen an die Verwaltung:

- 02.01.17 Projekt für Demokratie
- 02.01.17 Leistungsmissbrauch Asyl
- 02.01.17 Kosten minderjährige Flüchtlinge
- 09.01.17 Bilanz TTM GmbH
- 06.02.17 Männerbeauftragter
- 20.02.17 Schülerkarte „Willkommenskultur“
- 01.03.17 Sicherheit am Trierer Hauptbahnhof
- 01.03.17 Stellenentwicklung Stadtverwaltung
- 23.02.17 Kosten Sozialwohnungen Mariahof
- 27.03.17 Kosten Sozialwohnungen Filsch
- 28.03.17 Arbeitskreis Rechtsextremismus
- 03.04.17 Orchestermusiker Theater
- 10.04.17 Wirkungsgeschichte Marxismus
- 10.04.17 Wolfsberghalle
- 10.04.17 Friedhofskosten
- 20.04.17 Wirtschaftsweg Euren
- 27.04.17 „Buntes Trier“
- 04.05.17 Theater-Bilanz 1.Quartal 2017
- 15.05.17 Familiennachzug Asylbewerber
- 14.06.17 Gesundheitskarte Asylbewerber
- 26.06.17 Altersfeststellung Flüchtlinge
- 07.08.17 Kosten Schulbuchausleihe
- 11.09.17 Theater-Bilanz 2.Quartal 2017
- 11.09.17 IHK-Beiträge
- 02.10.17 Asylkosten insgesamt
- 16.10.17 Sozialausgaben Entwicklung 2002-2017
- 16.10.17 Zusätzliche Stelle Frauenbeauftragte
- 16.10.17 Sachstand Halle Am Mäusheckerweg
- 19.10.17 Zuschüsse Multikulturelles Zentrum
- 02.11.17 Mietwohnungen Asylbewerber
- 20.11.17 Kosten Schülerbeförderung
- 21.11.17 Asyl und Integration (Verschiedenes)
- 21.11.17 Ausreisegewahrsam für Asylbewerber
- 24.11.17 China-Reise Dezernent Ludwig
- 05.12.17 EU-Strukturförderung
- 06.12.17 Straßennamen in Trier
- 11.12.17 antiisraelische Demonstration in Trier

Merkel-Legos

Außen offen, innen Zäune!

Mit einem neuen Sicherheitskonzept haben Stadt und Polizei den Trierer Weihnachtsmarkt vor Gefährdungen geschützt. Denn auch diesmal gingen die Verantwortlichen von einer abstrakt hohen Gefahr von terroristischen Anschlägen aus. Neben verschiedenen anderen Maßnahmen wie einer verstärkten Videoüberwachung sollten an allen Zufahrtswegen zur Innenstadt aufgestellte Betonelemente verhindern, dass es zu einem LKW-Anschlag wie im Jahr 2016 in Berlin kommt.

Die AfD-Fraktion ist der Polizei und den für die Sicherheit Zuständigen für ihre Bemühungen sehr dankbar. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob solche Maßnahmen wirklich ausreichend sind. Wie kürzlich durchgeführte Tests der DEKRA ergeben haben, bieten diese mobilen Sperren keinen wirklichen Schutz vor Anschlägen mit großen LKW. Wir alle werden also mit einem Restrisiko leben müssen und können nur hoffen, dass Trierer Großveranstaltungen auch in Zukunft vor Terroranschlägen verschont bleiben. Letztlich zeigen sich hier einmal mehr die fatalen Folgen einer verfehlten Bundespolitik. Wer die Außengrenzen nicht schützt, der muss Barrieren und Zäune im Inneren aufbauen. Die bis heute offenen Grenzen unseres Landes haben nicht nur zu einer unkontrollierten Masseneinwanderung geführt, sondern zwingen uns jetzt zu Überwachung und Freiheitsbeschränkung unserer eigenen Bürger. Diese verkehrte Welt kann auch eine gut gemeinte weihnachtliche Dekoration von Betonsperren nicht ändern.



Schuldenspirale ohne Ende!

Auch im Jahr 2017 hat die Verschuldung der Stadt weiter zugenommen. Unter Berücksichtigung des im November verabschiedeten Nachtragshaushalts wuchs die Schuldenlast Triers um weitere 22,6 Millionen auf nunmehr 802 Millionen Euro. Pro Kopf beträgt das Defizit damit 7413 Euro, nochmals über 300 Euro mehr als am Ende des vergangenen Jahres. Für die kommenden Jahre plant die Stadtverwaltung mit weiteren Fehlbeträgen in Höhe von 37 Millionen (2018) bzw. 40 Millionen Euro (2019). Und dies trotz historisch niedriger Zinsen und eines gestiegenen Steueraufkommens.

Der Anteil der Liquiditätskredite, also der Verpflichtungen, denen keine entsprechende Investition in Gebäude oder sonstige Infrastruktur entgegensteht, betrug 478 Millionen Euro, mithin nahezu 60% der Gesamtverschuldung. Dies ist im Grunde genommen ein rechtswidriger Zustand, der mangels Alternativen jedoch einfach hingenommen wird. Das Eigenkapital der Stadt, das sich aus den vorhandenen Vermögenswerten abzüglich der Schulden berechnet, verringerte sich seit Ende

2014 in nur drei Jahren um 97 Millionen Euro. Aus dem damaligen Vermögen von rund 65 Millionen ist mittlerweile eine Verschuldung von 31 Millionen geworden, die bis Ende 2019 voraussichtlich auf 175 Millionen anwachsen wird. Gleichzeitig stauen sich die Investitionen in Straßen, Brücken und Schulen immer weiter auf, weil in der Vergangenheit hier gespart werden musste. Faktisch ist die Stadt also pleite, wäre sie ein Privatunternehmen, müsste sie umgehend Insolvenz anmelden. Ursachen für diese Entwicklung sind in erster Linie stetig wachsende Personalaufwendungen sowie rasant steigenden Sozialausgaben. Seit 2013 erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter der Stadtverwaltung von 1271 auf 1563, in nur 4 Jahren also um 23%. Die Personalkosten stiegen dadurch in diesem Zeitraum von 86,9 (2014) auf 113,2 Millionen (geplant für 2018). um über 30%, davon maximal 10 % bedingt durch Tarifsteigerungen. Ein erheblicher Teil der neu geschaffenen Stellen war aufgrund der hohen Zuwanderung von Asylbewerbern erforderlich, aber auch im Bereich Jugendhilfe, familienunterstützende Maßnahmen und KiTas wuchs der Personalbedarf konti-

nuierlich an. Wirkliche Einsparbemühungen seitens Stadt und Politik können wir nicht erkennen. Stattdessen setzt man im Rathaus auf immer weitere Belastung der Bürger. So beschloss der Stadtrat gegen die Stimmen der AfD-Fraktion für das Jahr 2017 zahlreiche Steuererhöhungen. Neben der Vergnügungs- und Hundesteuer wurde auch die Grundsteuer um etwa 7 Prozent angehoben, eine Maßnahme, von der nahezu jeder entweder als Immobilieneigentümer oder Mieter betroffen ist. Bei allem Verständnis für die schwierige Haushaltslage der Stadt halten wir diese Entwicklung für falsch. Es kann nicht sein, dass die Bürger mit immer höheren Steuern und Abgaben belastet werden, weil die öffentliche Hand mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln trotz Rekordeinnahmen nicht auskommt. Hier brauchen wir dringend ein Umdenken. Dazu gehört ein sparsamerer Umgang mit dem von den Steuerzahlern aufgebracht Geld, aber auch eine

Neubesinnung im Hinblick auf die Aufgaben des Staates. Dadurch, dass wir in den letzten Jahrzehnten immer mehr Zuständigkeiten auf staatliche Institutionen übertragen haben, stoßen wir jetzt an finanzielle Grenzen. Eine umfassende staatliche Fürsorge, die sich von der Krippe über die Ganztagschule bis hin zur Pflege von alten und kranken Menschen erstreckt, ist auch angesichts der demographischen Entwicklung schlichtweg nicht bezahlbar. Wir müssen daher wieder stärker auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen und sie dabei unterstützen, ihre Dinge soweit wie möglich selbst zu regeln. Das bedeutet keineswegs einen vollständigen Rückzug aus der sozialen Verantwortung des Staates, sondern eine vernünftige Beschränkung seiner Aufgaben auf das, was sinnvoll und mit den vorhandenen Ressourcen möglich ist.

Landesregierung lässt verschuldete Kommunen im Stich

Trotz eines vom Land im Jahr 2012 aufgelegten „Kommunalen Entschuldungsfonds“ hat sich die finanzielle Situation der rheinland-pfälzischen Kommunen weiter verschlechtert. →

Wir verbrauchen unsere Zukunft, aber diese Zukunft gehört nicht uns, sondern unseren Kindern und Enkeln. Doch anstatt umzudenken, verschärfen wir die Probleme weiter. Der Haushalt der Stadt Trier wird der Verantwortung gegenüber den jetzigen, vor allem aber gegenüber den künftigen Bürgern unserer Stadt nicht gerecht.

Ihr Schuldenstand ist alleine im vergangenen Jahr um fast 100 Millionen Euro gewachsen. Gleichzeitig rühmt sich die Landesregierung, dass es ihr gelungen sei, durch sparsame Haushaltsführung die Neuverschuldung des Landes zu senken. Es ist eine groteske Situation: Das Land saniert sich auf Kosten der Städte und Gemeinden, indem sie ihnen Maßnahmen wie die Versorgung von Asylbegierenden oder die Kinderbetreuung überträgt, ohne sie dafür finanziell entsprechend auszustatten. So werden Finanzlöcher nicht gestopft, sondern lediglich verschoben. Viele Kommunen sind kaum noch in der Lage, ihre

gesetzlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen, und das trotz hoher Steuereinnahmen, einer stabilen Konjunktur und niedriger Kreditzinsen.

Eine wirkungsvolle Entschuldung kann es nicht geben, solange man den Gemeinden das Geld in die eine Tasche hineinsteckt und aus der anderen wieder herauszieht. Auch der jetzt diskutierte zweite Entschuldungsfonds wird nur dann etwas ändern, wenn parallel dazu die Kommunalfinanzierung durch das Land strukturell und nachhaltig verbessert wird.



Buntes Trier: „Fachstelle für Demokratie“ kooperiert mit linksextremen Verfassungsfeinden

Am 10.02.2015 hat der Stadtrat die Beteiligung der Stadt Trier am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt- und Menschenfeindlichkeit“ für die Jahre 2015 bis 2019 beschlossen. Für die Umsetzung wurden Finanzmittel in Höhe von über 476.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Aufgabe einer externen Koordinierungs- und Fachstelle wurde dem Verein „Für ein buntes Trier – Gemeinsam gegen rechts e.V.“ übertragen.

Die von uns bereits damals vorgetragenen Zweifel an der Eignung dieses Vereins für eine solche Aufgabe haben sich inzwischen bestätigt. Denn der Verein kooperiert offen mit Gruppen, deren demokratische Einstellung mehr als zweifelhaft ist. So waren bei der am 01.09.2017 vom „Bunten Trier“ veranstalteten Demonstration gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD unter anderem die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und die Kosmopolitische Plattform Trier als offizielle Unterstützer mit dabei. Wie den entsprechenden Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes zu entnehmen ist, werden DKP und SDAJ als verfassungsfeindlich eingestuft, weil sie die Abschaffung unseres demokratischen Systems betreiben. Auf den Internetseiten dieser Organisationen finden sich klare Bekenntnisse zu Marxismus und Leninismus und Aufrufe zum Kampf gegen die bestehende staatliche Ordnung. Die Kosmopolitische Plattform bezeichnet auf Ihrer Homepage die Polizei als „Risiko für die Demokratie“, diffamiert staatliche Gewalt als „Repression“ und solidarisiert sich mit der inzwischen verbotenen Seite „Indymedia.org“, einer zentralen Internetplattform für gewaltbereiten Linksextremismus.

Leider wurde in der Ratssitzung am 28. September unser Antrag, dem Verein „Für ein buntes Trier“ die Aufgaben der Koordinierungs- und Fachstelle für das Bundesprojekt „Demokratie leben“ zu entziehen, von allen anderen Fraktionen einstimmig (!) abgelehnt. Von SPD, Grünen und Linken war nichts anderes zu erwarten, standen sie doch bei der genannten Demonstration selbst Hand in Hand mit den Linksextremisten vor der Porta Nigra. Sie halten ihre schützende Hand über die, die den außerparlamentarischen Kampf gegen die AfD in ihrem Sinne führen. Dass gleichzeitig auch UBT, FDP und CDU dem „Bunten Trier“ trotz seiner engen Kooperation mit linken Verfassungsfeinden das Vertrauen ausgesprochen haben, ist ein ausgemachter Skandal. Hier wird deutlich, dass sich selbst ehemals bürgerlich-konservative Parteien dem Zeitgeist bedingungslos ergeben haben.

Für uns versteht es sich von selbst, dass ein Verein, der sich von solchen Gruppierungen nicht nur nicht distanziiert, sondern mit ihnen kooperiert und deren Arbeit zum Teil öffentlich unterstützt, nicht Träger einer Fachstelle „Demokratie leben“ sein kann. Denn Freiheit und Demokratie lassen sich nicht gemeinsam mit ihren erklärten Feinden verteidigen. Auch ein demokratischer Staat muss wehrhaft sein und totalitäre Bestrebungen entschieden bekämpfen. Deshalb darf er niemals eine Koalition mit denen eingehen, die die Absicht haben, ihn zu zerstören. Dass die anderen Ratsfraktionen sich diesem antitotalitären Konsens verweigern, bedauern wir sehr. Dies wird uns jedoch nicht daran hindern, auch in Zukunft rechten und linken Verfassungsfeinden konsequent entgegen zu treten.

Parken in Trier

Bürgerfreundliche Lösungen gefragt!

In der jüngsten Vergangenheit hat sich die Diskussion um das Parken in Trier verschärft. Immer mehr Bürger beklagen sich über falsch parkende Fahrzeuge und die damit verbundene Behinderung von Fußgängern und Radfahrern. Insbesondere am letzten „Mantelssonntag“ kam es wegen eines außerordentlich hohen Verkehrsaufkommens zu teilweise chaotischen Zuständen in der Innenstadt. Die Stadtverwaltung plant deshalb jetzt die Einstellung zahlreicher neuer Mitarbeiter zur Überwachung des ruhenden Verkehrs in unserer Stadt. Regelverstöße beim Parken sollen konsequent geahndet werden, um so das Problem des „Wildparkens“ in den Griff zu bekommen.

Natürlich ist es grundsätzlich richtig, gegen regelwidriges und vor allem rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr vorzugehen. Wer andere Verkehrsteilnehmer behindert oder gar gefährdet, sollte nicht damit rechnen dürfen, einfach so davon zu kommen. Insofern unterstützen wir die Bemühungen des zuständigen Dezernenten, die Parkraumüberwachung in der Innenstadt zu intensivieren. Wir warnen jedoch eindringlich davor, hier nur auf Sanktionen zu setzen und damit an Symptomen zu kurieren, anstatt die eigentlichen Ur-

sachen des Problems anzugehen. Fakt ist, dass es in der Trierer Innenstadt zu wenig Parkraum gibt, der in Zukunft durch den Wegfall von Parkplätzen oder die Ausweitung des Anwohnerparkens noch weiter reduziert werden soll. So wurden etwa 20 Parkplätze in der Hindenburgstraße 20 Parkplätze zugunsten eines Radweges gestrichen, der anschließend nicht mehr weitergeführt wird. Zudem ist das ÖPNV-Angebot nicht ausreichend und vor allem zu teuer. Wenn eine dreiköpfige Familie aus Mariahof für eine Hin- und Rückfahrt in die Stadt 12,50 Euro zahlen muss, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie nicht den Bus nimmt, sondern das Auto präferiert. Wir halten es für falsch, dieser Situation ausschließlich mit Verboten, Kontrollen und Strafen zu begegnen. Eine Verkehrspolitik, die auf eine zunehmende Verdrängung des Individualverkehrs setzt ohne Alternativen aufzuzeigen, ist nicht bürgerfreundlich und schadet zudem der Wirtschaft. Wir müssen für die Menschen, die aus welchen Gründen auch immer mit dem Auto nach Trier kommen, ausreichend Parkplätze zur Verfügung stellen. Gleichzeitig sollte es eng getaktete und preisgünstige Möglichkeiten des öffentlichen Personennahverkehrs geben. Nur so können wir der Parkproblematik Herr werden, ohne sie auf dem Rücken der Bürger auszutragen.

Heimat

Hoffnung für die Himmelsleiter

Seit vielen Jahren sind die beiden Fußwege, die vom westlichen Teil Triers auf den Markusberg führen, nicht mehr begehbar. Sowohl die sogenannte „Himmelsleiter“ als auch der im Eigentum des Bistums befindliche Weg an der Maria-Hilf-Kapelle vorbei zur Mariensäule wurden dem Verfall überlassen. Dabei handelt es sich nicht nur um einen wichtigen Teil lokaler Tradition, sondern auch um touristisch außerordentlich attraktive Wege. Zwar gab es in den Bürgerhaushalten 2010, 2014 und zuletzt 2016 Vorschläge, hier etwas zu unternehmen, doch blieben diese bisher ohne erkennbare Resonanz. Im Oktober 2015

berichtete der „Trierische Volksfreund“, das Baudezernat werde sich auf Bitten des Ortsbeirats Trier-West/Pallien

der „Himmelsleiter“ annehmen und den Weg begutachten. Seitdem ist davon öffentlich nichts mehr zu hören gewesen.



Nachdem die AfD-Fraktion für die Ratssitzung am 28. Juni eine Anfrage eingereicht hatte, die Aufschluss über den aktuellen Zustand der beiden Wege bringen sollte, kam Bewegung in die Sache. Ohne Gegenstimmen beauftragte der Rat die Stadtverwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen die „Himmelsleiter“ in Trier-West wieder für Fußgänger nutzbar gemacht werden könne. Gemeinsam mit allen ihrer Heimatstadt verbundenen Menschen hoffen wir jetzt, dass diese

Pläne möglichst schnell umgesetzt werden und einer der schönsten Wege Triers bald wieder begehbar wird!

Neben einer stärkeren Überwachung des ruhenden Verkehrs brauchen wir daher auch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots und die Schaffung zusätzlichen Parkraums - gegebenenfalls mit Hilfe privater Investoren. Darüber hinaus gibt es viele weitere Ideen zu einer Verbesserung der Situation: Schulhöfe oder andere an Wochenenden leer stehende Plätze temporär zum Parken nutzen, P+R-Systeme ausbauen, optimieren und bekannter machen, Vergütung von ÖPNV-Tickets durch den Einzelhandel anbieten, 1-Euro-Busticket an besonders verkehrsstarken Tagen einführen und anderes mehr.

Bei einer ausschließlich auf Restriktionen und Verdrängung des Individualverkehrs setzenden Politik sehen wir dagegen die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung von Handel und Gewerbe in der Innenstadt. Wenn wir einen Globus-Markt mit maximalem Parkraum auf der grünen Wiese ansiedeln und gleichzeitig das Erreichen der City mit dem PKW immer mehr erschweren, wird das sicher nicht ohne Folgen für die Trierer Geschäftswelt bleiben. Wenn wir also in Zukunft nicht ähnlich negative Entwicklungen wie in vielen anderen Städten erleben wollen, müssen wir intelligente und bürgerfreundliche Lösungen für die zweifellos existierenden Verkehrsprobleme finden. 25 neue Kontrolleure einzustellen, sie rund um die Uhr im gesamten Stadtgebiet überwachen, Knöllchen verteilen und abschleppen zu



lassen, vermutlich auch da, wo keine unmittelbare Behinderung anderer vorliegt, das ist weder intelligent noch bürgerfreundlich.

Gute Verkehrspolitik bedeutet für uns vor allem, für einen gerechten Ausgleich unterschiedlicher Interessen zu sorgen. Wir alle sind froh, dass die Blechlawinen der 70er Jahre in der Innenstadt der Vergangenheit angehören, dass Umwelt- und Lärmschutz weitaus mehr Berücksichtigung finden als früher. Aber es wäre falsch, jetzt alle Autos aus der Stadt zu verbannen. Auch Radfahrer und Fußgänger sind nicht das Maß aller Dinge und wer die Vorzüge städtischen Wohnens genießen will, muss akzeptieren, dass im Hinblick auf Ruhe und Natur natürlich ge-

wisse Abstriche in Kauf zu nehmen sind. Wir wehren uns deshalb gegen die von rot-grün betriebene Politik, den motorisierten Individualverkehr mit ständig neuen Schikanen zu erschweren anstatt vernünftige Lösungen zu suchen, die ein verträgliches Miteinander verschiedener Mobilitätsformen ermöglichen.

Trier braucht ein umfassendes Konzept, das neben einer stärkeren Überwachung des ruhenden Verkehrs auch eine Verbesserung des ÖPNV und die Schaffung zusätzlichen Parkraums, gegebenenfalls unter Einbeziehung privater Investoren beinhaltet. Wir brauchen intelligente und bürgerfreundliche Lösungen statt einseitiger Sanktionspolitik.“

Haus Franziskus

Geht doch!

Im November 2015 hat der Stadtrat den Antrag der AfD-Fraktion, das ehemalige „Haus Franziskus“ vollständig anzumieten und dem Seniorenbüro für seine segensreiche Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, einstimmig abgelehnt.

Bürgermeisterin Birk bezeichnete den Vorschlag der AfD damals als „finanziell nicht darstellbar“, die anderen Fraktionen sahen schlichtweg keinen Bedarf dafür. So behauptete die CDU-Fraktion, die vorhandenen Räumlichkeiten böten auch jetzt schon eine hervorragende Basis für eine altersgruppengerechte sowie eine generationsübergreifende Arbeit.

Nur zwei Jahre später hat die Stadt das gesamte Gebäude angemietet und das von Frau Birk geleitete Sozialamt nutzt die angeblich unbezahlbaren Räume für eigene

Zwecke. Zudem wurde auf Antrag der CDU im Stadtrat beschlossen, einen Runden Tisch mit dem Ziel einzuberufen, das „eingeschränkte Raumangebot“ des Seniorenbüros durch die Nutzung weiterer Räume zu verbessern. Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, bietet sich doch so die Chance, das zu realisieren, was wir bereits 2015 gefordert haben: vernünftige Rahmenbedingungen für die wertvolle ehrenamtliche Arbeit der Senioren in Trier zu schaffen.

Zwar ist es bedauerlich, dass es so lange gedauert hat, bis man zur Einsicht in die Notwendigkeit und vor allem die Möglichkeit einer angemessenen räumlichen Ausstattung für dieses Engagement gekommen ist, aber besser spät als nie. Oder, wie unsere Kinder vermutlich sagen würden: Geht doch!

Wir wollen mehr direkte Demokratie! Blaue Lagune ist nur der Anfang

Die Tanke bleibt. Mit großer Mehrheit haben die Trierer Bürger entschieden, den Pachtvertrag für die „Blaue Lagune“ in der Ostallee zu verlängern. Wir als AfD-Fraktion haben uns über dieses Ergebnis gefreut. Und dies nicht nur, weil wir von Anfang an für einen Weiterbetrieb der Tankstelle waren. Wir haben uns vor allem deshalb gefreut, weil der Ausgang des Referendums zeigt, dass auch die Menschen in Trier mehr direkte Demokratie wollen.

Trotz einer sicher nicht für alle relevanten Frage wurde das erforderliche Quorum erreicht, die Entscheidung des Stadtrates durch den Bürgerwillen korrigiert. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie gehört zu den Kernanliegen der AfD seit Beginn ihres Bestehens. Und deshalb wünschen wir uns natürlich, dass die Bürger auch in Trier in Zukunft häufiger die Chance bekommen werden, über wichtige Fragen der Stadtpolitik selbst zu entscheiden. Die Tankstelle war ein Anfang, das Theater und - nach einer entsprechenden Änderung der Gemeindeordnung, die die AfD auf Landesebene anstrebt - die Entscheidung über ein Baugebiet Brubach sollten folgen. Bedenklich finden wir die Reaktionen mancher Verlierer. Wer wie die SPD aufgrund der geringen Wahlbeteiligung die demokratische Legitimation des Entscheids bezweifelt und davor warnt, Minderheiten würden sich so über Mehrheiten profilieren, der misst mit zweierlei Maß. Denn im Oktober 2014 wurde Oberbürgermeister Wolfram Leibe mit einer noch geringeren Zustimmung gewählt. Nur 12.737 Wahlberechtigte gaben ihre Stimme dem SPD-Kandidaten - fast 10 Prozent weniger als bei der Tankstelle und das bei einer signifikant höheren Wahlbeteiligung und einer objektiv weitaus wichtigeren Frage. Andere Stellungnahmen versuchten, die Niederlage tiefenpsychologisch oder gar philosophisch zu erklären. Hier habe Emotion gegen Kognition gesiegt, Populismus über Vernunft, schnöde Mehrheit über Wahrheit. Hinter einer solchen Argumentation verbirgt sich eine anmaßende Geringschätzung der Wähler und Bürger. Denn warum sollten

56 Stadtratsmitglieder eher in der Lage sein, Argumente zu bewerten und eine gute Entscheidung zu treffen als die übrigen Trierer Bürger? Mit welchem Recht spricht man den einfachen Leuten zumindest implizit die Fähigkeit ab, sich in einer solchen Frage ein sachgerechtes Urteil zu bilden? Und warum ist das klare Votum der Bürger ein Hinweis darauf, dass man noch dicke Bretter zu bohren habe? Aber vielleicht haben diese Reaktionen auch noch einen anderen Hintergrund. Das eigens initiierte Bündnis für den Alleinring vereinte viele einflussreiche gesellschaftliche Gruppen von der SPD über die Grünen bis hin zur Lokalen Agenda und zum DGB. Und trotzdem haben die Bürger ihm mehr als deutlich die rote Karte gezeigt. Das beweist: die immer wieder beschworenen breiten Bündnisse in der Zivilgesellschaft sind oft nur von einer lautstarken Minderheit erzeugte Illusionen. Und auch die nicht selten ideologisch motivierten Mehrheitsentscheidungen des Stadtrats bilden keineswegs automatisch den Willen der Bürger ab. Genau deshalb brauchen wir auch in Zukunft mehr direkte Demokratie und Mitbestimmung der Trierer - nicht als Ersatz, sondern als wichtiges Korrektiv zur parlamentarischen Demokratie. Denn so kann der Bürgerwille stärker zur Geltung kommen als bisher. In diesem Sinne war der 10. Dezember 2017 ein guter Tag für unsere Stadt und für die Demokratie.



Stadtheater Trier Bürgerentscheid auch hier die Lösung?

Spätestens seit den skandalösen Vorgängen um die Herren Sibelius und Egger im vergangenen Jahr ist die Erkenntnis in das Bewusstsein der Trierer Kommunalpolitik gedrungen, dass ein „Weiter-So“ beim Theater nicht länger möglich ist. Das, was wir als AfD zunächst als einzige gefordert hatten, schreiben sich mittlerweile nahezu alle Fraktionen des Rates auf ihre Fahnen: Die Kosten für das Theater müssen nachhaltig gesenkt werden, um dessen gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen und so seinen Bestand langfristig zu sichern.

Leider blieb dies bei der Mehrheit des Rates bisher ein Lippenbekenntnis. Weder von der SPD noch von der „Verantwortungsgemeinschaft“ aus CDU und Grünen gab es konkrete Vorschläge zu einer Einsparpolitik beim Theater. Im Gegenteil: mehrere von der AfD-Fraktion vorgelegte Anträge, die alle auf eine Kostenreduktion abzielten, wurden samt und sonders ohne ernsthafte Debatte einstimmig abgelehnt. Das ist in unseren Augen unverantwortlich. Auch wenn das Theater sich von der existentiellen Krise des Jahre 2016 inzwischen etwas erholt hat, die Besucherzahlen wieder langsam steigen und mit Manfred Langner ein bislang sehr erfolgreicher Intendant verpflichtet werden konnte, wird ohne grundlegende Reformen in der Struktur des Betriebs keine dauerhafte Verbesserung erreicht werden können. Vor allem eine Verringerung der

Sparten oder die Einführung eines zumindest teilweisen Bespieltheaters würde eine spürbare Kostenersparnis ermöglichen, ohne dass damit zwangsläufig ein Qualitätsverlust verbunden wäre. Wir werden daher weiterhin eine solche strukturelle Veränderung anstreben und fordern die anderen Fraktionen auf, sich dieser Debatte endlich zu öffnen.

Was das Theater-Gebäude betrifft, so scheint die Situation deutlich weniger dramatisch zu sein, als man immer wieder behauptet hat. Hieß es unter Ex-Dezernent Egger noch, ein Weiterbetrieb sei aus arbeitsrechtlichen und feuerschutztechnischen Gründen praktisch nicht mehr möglich, so ist jetzt auf einmal keine Rede mehr davon. Offensichtlich wurden die zweifellos sanierungsbedürftigen Zustände des Graupner-Baus von interessierter Seite dazu benutzt, politischen Druck in Richtung auf einen (sündhaft teuren) Neubau zu erzeugen. Erst nachdem die AfD-Fraktion einen Bürgerentscheid ins Gespräch gebracht hatte und zudem noch Millionen-Verluste im Budget aufgetreten waren, hat man diese Pläne zumindest vorläufig zu den Akten gelegt. Auch hier werden wir die weitere Entwicklung kritisch begleiten. Insbesondere fordern wir eine umfassende Einbeziehung der Trierer in den Beratungsprozess über die Zukunft des Theaters - einschließlich eines am Ende gegebenenfalls durchzuführenden Bürgerentscheids.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: afd.im.rat@trier.de

Verkehrswende Fakten statt Ideologie!

Immer wieder kam im Zusammenhang mit dem möglichen Abriss der „Blauen Lagune“ auch das Thema E-Mobilität ins Spiel. Befürworter der Schließung behaupteten, auf fossile Brennstoffe könne man mittelfristig verzichten, und damit eben auch auf herkömmliche Tankstellen. Der Preis, den man für diese ideologische „Verkehrswende“ zahlt, ist hoch: Die Umweltbilanz eines E-Autos ist schlechter als die eines herkömmlichen Diesels, der 8 Jahre lang gefahren wird. Menschen in den ärmsten Regionen dieser Erde werden zudem ausgebeutet, um die seltenen und für die Herstellung der Akkuzellen benötigten Rohstoffe zu fördern - was mit starker gesundheitlicher Belastung durch die dazu notwendigen Giftstoffe einhergeht.

Darüber hinaus sind sowohl Hybrid- als auch Elektrofahrzeuge insbesondere für Familien unerschwinglich. Schon ein kleiner Stadtfliker wie der Renault ZOE kostet 22.000 Euro - wie sollen sich da Arbeiter und Angestellte einen Van für ihre Familie leisten können? Selbst die Grünen rückten von ihrer Forderung ab, den Verbrennungsmotor bis 2030 von unseren Straßen zu verbannen - denn das ist schlicht nicht mehr als eine Träumerei. Wir hätten uns auch in der Diskussion um die „Blaue Lagune“ mehr Realismus gewünscht - das Argument, dass wir keine fossilen Kraftstoffe mehr benötigen, ist keines. Weder heute, noch in absehbarer Zeit.

Kommentar: Mario Hau

Stadtwerke drohen neue Millionenverluste

Die Stadtwerke Trier haben angekündigt, aus dem Projekt „Pumpspeicherkraftwerk RIO“ an der Mosel vorerst auszusteigen. Begründet wurde dies mit den hohen Kosten für die weitere Projektentwicklung und der vergeblichen Suche nach Partnern bei der Finanzierung. Sollte das Projekt nicht irgendwann fortgesetzt werden, entstehen dem im Eigentum der Stadt befindlichen Unternehmen erhebliche Verluste. Denn die Projektgesellschaft, an der die Stadtwerke zu 70 Prozent beteiligt sind, hat bisher schon rund 3,5 Millionen Euro in die bauvorbereitenden Verfahren investiert. Nachdem die SWT bereits beim gescheiterten Kohlekraftwerk-Projekt Gecko Abschreibungen in Millionenhöhe vornehmen mussten, ist dies der zweite herbe Verlust innerhalb weniger Jahre. Hintergrund des Projekts sind die Bestrebungen der Landesregierung, die Energiewende mit Hilfe von Pumpspeicherwerken voranzutreiben. Denn solche Anlagen sind bisher die einzige technisch ausgereifte Möglichkeit, Energie in großen Mengen zu speichern. Das aber ist die Voraussetzung, um das Stromnetz trotz der schwankenden

Wind- und Sonnenenergie zu stabilisieren und auch an sonnenarmen und windstillen Tagen die Energieversorgung sicherzustellen. An der jetzigen Entscheidung der Stadtwerke Trier zeigen sich die inneren Widersprüche der Energiewende. Die Kosten für die Stabilisierung der Netze sind durch den Ausbau der erneuerbaren Energien so stark gestiegen, dass der Bau von Pumpspeicherkraftwerken unwirtschaftlich geworden ist. Solange die technischen Voraussetzungen fehlen, wird die Energiewende nicht gelingen, gleichzeitig jedoch durch ihre planwirtschaftliche Umsetzung den Stromkunden immer höhere Kosten beschern. Waren die deutschen Strompreise im Jahr 2000 noch im europäischen Mittelfeld, so haben sie sich seitdem nahezu verdoppelt und sind heute die zweithöchsten in Europa. Für Strom mit einem Marktwert von 4,7 Milliarden Euro zahlten die Kunden aufgrund der Subventionierung durch die für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütungen zuletzt 27 Milliarden im Jahr. Wir als AfD fordern eine sichere, umweltfreundliche und vor allem bezahlbare Energieversorgung statt teurer, ideologisch motivierter Energie-Experimente. Die Atomkraft in



ihre jetzigen Form ist wegen ihrer Risiken und Folgekosten zweifellos keine Zukunftstechnologie. Weitere Forschungen auf diesem Gebiet bleiben jedoch sinnvoll und zeigen durchaus interessante Ansätze zu einer möglichen Lösung der Sicherheits- und Endlagerprobleme. Das völlig überstürzte Abschalten der mit den weltweit höchsten Standards ausgestatteten deutschen Atomkraftwerke hat im Zusammenhang mit fehlenden Speichertechnologien dazu geführt, dass wir bei starkem Wind- und Solarstromaufkommen aufwendig erzeugte Energie an unsere Nachbarländer verschenken müssen. Umgekehrt sind wir in sonnen- und windarmen Zeiten gezwungen, Strom zu importieren und kaufen dabei sogar Atomstrom aus jenen französischen und belgischen Kraftwerken ein, deren hochriskanten Betrieb wir ansonsten auf dem Klageweg bekämpfen. Ein weiterer Ausbau der unbeständigen Stromquellen Wind und Sonne macht nur dann Sinn, wenn in industriellem Maßstab eine Stromspeicherung zu vertretbaren Kosten möglich wäre. Davon sind wir jedoch augenblicklich weit entfernt. Profiteure der aktuellen Entwicklung sind vor allem diejenigen einkommensstarken Bevölkerungsschichten, die als

Immobilienbesitzer, Aktionäre und Investoren die Vorteile des EEG nutzen und damit hohe Renditen erwirtschaften können. So hat die Energiewende zwar nicht zu einer nachhaltigen Absenkung des CO₂-Ausstoßes geführt, sehr wohl aber zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Sie wird auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen und daher kann man sie mit Recht als unsozial bezeichnen. Vor allem weniger wohlhabende Familien mit Kindern und Hartz-IV-Empfänger, die ihren Stromverbrauch selbst bezahlen müssen, sind die Leidtragenden. Darüber hinaus führt der Windindustriearbeit - auch in der Region Trier - zu einer Bedrohung von Flora und Fauna, einer Zerstörung unserer Natur- und Kulturlandschaften und zu einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Menschen in ihrer Umgebung. Wenn die Wende hin zu erneuerbaren Energien politisch gewollt ist, dann muss diese Aufgabe von der ganzen Gesellschaft über Steuern finanziert werden und sie muss mit Vernunft und Augenmaß betrieben werden. Dafür setzen wir uns als AfD auch auf der kommunalen Ebene ein.

.....

„Freiheit und Gerechtigkeit“

Die „Blaue Post“ im Interview mit MdL Michael Frisch, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat und familienpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in Mainz.

BP: Herr Frisch, Ihre Fraktion verweigert im Stadtrat die Zustimmung zu allen Maßnahmen, mit denen die Betreuung unter dreijähriger Kinder gefördert wird. Dafür sind Sie seitens der anderen Fraktion heftig kritisiert worden. Was sind die Gründe für ihre Haltung?

MF: Wir erleben zur Zeit eine völlig einseitige, von allen Altparteien betriebene Förderung von Krippen und KiTas. Das führt dazu, dass auch die Stadt Trier Millionenbeträge in Einrichtungen investiert, in denen bereits die Kleinsten mitunter von früh morgens bis spät abends betreut werden. Wir wollen mit unserem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck bringen, dass wir diese Art von Gesellschaftspolitik grundsätzlich ablehnen. Für uns steht die Freiheit von Familien im Vordergrund. Der Staat sollte lediglich Rahmenbedingungen schaffen, die es den Familien ermöglichen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten.

BP: Ist diese Freiheit aber nicht heute schon Realität?

MF: Theoretisch ja, praktisch nein. Nehmen wir beispielsweise die Frage nach der Betreuung der unter Dreijährigen. Natürlich haben die Eltern theoretisch die Möglichkeit, sich zu entscheiden, ob sie ihre Kleinsten selbst betreuen oder ob sie sie in eine KiTa geben. Aber das ist für viele so, als wenn Sie einem Hartz4-Empfänger sagen, er besitze die Freiheit, sich einen Porsche zu kaufen. Faktisch besitzt er diese Freiheit eben nicht, weil ihm die finanziellen Mittel dazu fehlen. Und genau so können viele Eltern es sich einfach finanziell nicht leisten, auf ein zweites Gehalt zu verzichten. Insofern sind sie tatsächlich gezwungen, ihre Kinder schon bald nach der Geburt in eine Einrichtung zu geben, selbst dann, wenn sie das gar nicht wollen. Hier von Wahlfreiheit zu sprechen ist fast schon zynisch.

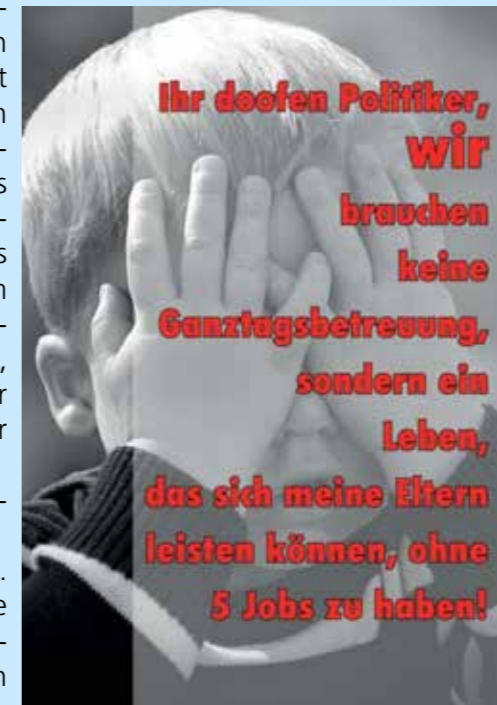
BP: Aber ist es heutzutage denn nicht wünschenswert, wenn beide Eltern berufstätig sind?

MF: Diese Frage muss jede Familie natürlich für sich selbst beantworten. Dabei ist aber zu bedenken, dass es nicht nur um die Interessen der Erwachsenen und der Gesellschaft geht. In der frühen Kindheit ist das Aufbauen einer

sicheren Bindung zu Mutter und Vater das Entscheidende. Die Folgen einer gelungenen oder auch einer misslungenen Bindung sind von kaum zu unterschätzender Bedeutung für das spätere Leben eines Kindes. Den meisten Eltern ist das durchaus bewusst und deshalb möchte nach wie vor eine große Mehrheit ihren Nachwuchs in den ersten Lebensjahren selbst betreuen.

BP: Wie wollen Sie Wahlfreiheit für Familien denn erreichen?

MF: Um echte Wahlfreiheit zu schaffen, müssen wir die Erziehungsleistung von Eltern endlich finanziell angemessen würdigen. Auch in Trier wird ein KiTa-Platz für unter Dreijährige mit 1000 Euro aus Steuermitteln finanziert wird, während Väter und Mütter für die gleiche, zu Hause erbrachte Leistung nichts bekommen. Wir wollen hier einen Paradigmenwechsel herbeiführen. Wir möchten den Eltern das Geld unmittelbar in die Hand geben, damit sie selbst entscheiden können, wo-



für sie es anschließend ausgeben: Für einen KiTa-Platz, für eine Tagesmutter, für Oma oder Opa, die die Betreuung übernehmen, oder eben auch dazu, für einen gewissen Zeitraum die eigene berufliche Tätigkeit einzuschränken bzw. aufzugeben und sich selbst dem Kind zu widmen.

BP: Warum lehnen die anderen Parteien eine solche, eigentlich vernünftig klingende Forderung ab?

MF: Sämtliche Altparteien setzen mehr oder weniger auf eine zunehmende Verstaatlichung der Erziehung. Eltern sollen möglichst bald nach der Geburt ihrer Kinder wieder arbeiten gehen, einmal, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken, zum anderen, um so angeblich die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern. Dabei vergessen sie jedoch, dass es vor allem um das Wohl der Kinder geht. Mir kann niemand erzählen, dass es für Ein- oder Zweijährige förderlich ist, bis zu 9 Stunden am Tag von ihren Eltern getrennt in einer großen Gruppe betreut zu werden. Diese Bedenken werden übrigens auch von vielen Psychologen und Kinderärzten geteilt.

BP: Man hat Ihnen im Stadtrat vorgeworfen, die AfD betreibt eine rückwärtsgewandte Familienpolitik und wolle Frauen wieder an den Herd zwingen?

MF: Dieser Vorwurf ist absurd. Denn gerade die anderen Parteien wollen Familien durch finanziellen Druck dazu bringen, ein bestimmtes Verhalten zu zeigen und bevorzugen sie so. Indem sie ausschließlich die KiTa-Erziehung subventionieren, zwingen sie den Familien das auf, was sie persönlich für die ideale Erziehung halten. Wir dagegen stehen für eine freiheitliche und damit für eine moderne Familienpolitik.

.....

Trier wird bunt – aber wollen wir das wirklich?

Diese Zahl ist der Hammer: Wie das Amt für Stadtentwicklung und Statistik jetzt in Zusammenarbeit mit Prof. Ulrich von der Universität Bielefeld berechnet hat, wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Trier von heute gut 25% bis 2030 auf etwa 35% steigen. Im Jahr 2040 werden nach dieser Prognose nur noch rund 60.000 Einheimische einer zugewanderten Bevölkerung von etwa 46.000 Personen gegenüberstehen.

Und die Autoren fügen hinzu: „Wie in anderen deutschen Großstädten wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund absehbar rund 50% erreichen.... Trier wird bunter werden.“

Spätestens 2050 werden die Deutschen auch in Trier in der Minderheit sein. Man kann diese Entwicklung begrüßen, man

muss es aber nicht. Tatsache ist, dass sich auch unsere Stadt gravierend verändern wird – wir glauben, nicht zum Guten. Wer in die Zukunft Triers schauen will, sollte sich Städte wie Berlin, Köln oder Duisburg heute ansehen: Abgeschottete Parallelgesellschaften, steigende Kriminalität, hohe Arbeitslosigkeit, explodierende Sozialkosten,



schwindende Solidarität. Alle bisherigen Erfahrungen, ob in England, Schweden, Belgien oder Deutschland zeigen stets das gleiche Bild: Multikulturalität ist nicht nur bunt, sie ist auch von inneren Spannungen und mangelndem Zusammenhalt geprägt. Daniel Cohn-Bendit, der ehemalige Europa-Abgeordnete der Grünen, hat dies einmal zutreffend so formuliert: „Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt.“ Können wir uns das wirklich für unsere Stadt wünschen? Wir als AfD wollen eine solche Entwicklung jedenfalls nicht. Wir wollen nicht, dass unser Sozialstaat und unsere kulturelle Identität durch eine verantwortungslose

Politik gefährdet, ja zerstört werden. Bei aller Offenheit und allem Respekt gegenüber fremden Menschen und Kulturen möchten wir das Eigene bewahren. Wir möchten unseren Kindern und Enkeln unser Land so weitergeben, wie es über Jahrhunderte hinweg erkämpft und erstritten wurde. So, wie wir es schätzen und lieben, mit all seinen

Traditionen, mit seiner Sprache, mit dem hart erarbeiteten Wohlstand, mit unserer freiheitlichen Rechtsordnung und unseren demokratischen Werten. Hier in Trier, in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland.

Asylkosten für Trier

15 Millionen plus X

Die Masseneinwanderung von mindestens 1,5 Millionen Migranten seit 2015 hat neben vielfältigen anderen Problemen auch hohe finanzielle Belastungen mit sich gebracht. Obwohl führende Politiker wie Heiko Maas („Die Milliarden für die Integration wurden in diesem Land erwirtschaftet und wurden niemanden weggenommen“) oder Julia Klöckner („Der Steuerzahler muss nicht für die Flüchtlinge aufkommen - der Bund hat gut erwirtschaftet!“) uns etwas anderes glauben machen wollen, verursachen Aufnahme, Versorgung und Integration dieser Menschen jährliche Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe.

Auch die Stadt Trier bleibt davon

nicht verschont. Eine Anfrage der UBT-Fraktion zu den Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und eine von uns gestellte Nachfrage zu den bei der Kommune verbleibenden Nettoaufwendungen ergaben bemerkenswerte Zahlen: Von 2015 bis heute betragen die Gesamtausgaben der Stadt in diesem Bereich mehr als 55 Millionen Euro, die höchsten Anteile daran entfallen auf das Jugendamt (23 Millionen) und das Sozialamt (22 Millionen). Nach Abzug aller Erstattungen von Bund und Land wurde der städtische Haushalt mit 15,3 Millionen Euro belastet. Darin nicht enthalten sind Zinsaufwendungen sowie die Infrastrukturkosten für KiTas und Schu-

len, die in Zukunft noch erheblich ansteigen werden.

Die AfD-Fraktion hat sich immer dafür ausgesprochen, wirklich Verfolgten und Kriegsflüchtlingen zu helfen. Aber diese Hilfe hätte man vor Ort mit weitaus geringeren Kosten und für weitaus mehr Menschen organisieren können. Zudem sind viele Migranten aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen und belasten jetzt zu Unrecht unseren Sozialstaat. Und natürlich fehlt in einer hochverschuldeten Stadt wie Trier jeder der mindestens 5 Millionen Euro, die hier jährlich ausgegeben werden, an anderer Stelle.

Rechtswidrige Einwanderung - statt Hilfe auf Zeit?

Im Mai 2017 legte Bürgermeisterin Angelika Birk einen aktuellen „Sachstandsbericht zur Bewältigung der Herausforderung von Flucht und Integration“ vor. Das darin präsentierte Konzept geht offensichtlich davon aus, dass ein Großteil der in den vergangenen Jahren nach Trier gekommenen Personen hier bleiben wird. Auf 66 dicht beschriebenen Seiten werden hier zahllose Maßnahmen aufgelistet, um diese Menschen dauerhaft in unsere Gesellschaft und auch in unsere Sozialsysteme zu integrieren. Das geht von der Bereitstellung von Wohnraum und KiTa-Plätzen über eine umfassende Sozialbetreuung bis hin zu kultureller und politischer Bildung und Arabisch-Kursen für Deutsche (!). Für diese Maßnahmen werden Millionen an Steuergeldern aufgewendet, ein erheblicher Teil davon geht trotz Zuschüssen von Bund und Land zu Lasten unserer ohnehin völlig überschuldeten Stadt.

Und obwohl immer wieder betont wird, man dürfe verschiedene Gruppen nicht gegeneinander ausspielen, Fakt ist: Jeder Euro, den wir hier ausgeben, fehlt uns an anderer Stelle. Auch die AfD-Fraktion befürwortet die Hilfe für politisch Verfolgte und echte Kriegsflüchtlinge. Aber dieser Status trifft nur auf einen Teil der zu uns gekommenen zu. Vor allem aber ist Asyl immer Hilfe auf Zeit, die dann endet, wenn die Verhältnisse im Herkunftsland wieder ein weitgehend sicheres Leben ermöglichen.

Das von der Stadtverwaltung vorgelegte Konzept wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es unterscheidet nicht konsequent zwischen vorübergehendem Schutz und dauerhafter Integration, es unterscheidet nicht zwischen Asyl und Zuwanderung. Im Begründungstext heißt es, die Angebotsstruktur richte sich gleichermaßen an alle Zugewanderten, ungeachtet ihrer nationalen, kulturellen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit und – so wörtlich - in Teilen auch ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus.

Wir als AfD-Fraktion können einem solchen Konzept nicht zustimmen.

Nicht die dauerhafte Integration, sondern die sofortige Rückführung nicht Bleibeberechtigter ist für uns das Gebot der Stunde. Und diejenigen, die solange bei uns Schutz finden, bis in ihrer Heimat wieder Frieden eingekkehrt ist, sollten - wie es der gültigen Rechtslage entspricht - auf die Rückkehr dorthin vorbereitet werden, anstatt sie in unserem Land immer weiter zu verwurzeln.

Familiennachzug findet jetzt schon statt

Wie aus der Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht, sind von 2016 bis Mai 2017 genau 130 Personen im Rahmen des Familiennachzugs zu „Schutzberechtigten“ nach Trier gekommen – trotz der von der Bundesregierung beschlossenen Aussetzung dieser Regelung für Personen mit „subsidiärem Schutz“. Faktisch findet ein Familiennachzug also schon jetzt statt. Rechnet man die Trierer Zahlen auf das Bundesgebiet hoch, dann sind dadurch in dem genannten Zeitraum etwa 100.000 Menschen zusätzlich nach Deutschland gekommen.

In der Asylstatistik tauchen diese Personen jedoch nicht auf, weil sie ein Einreisevisum und eine Aufenthaltserlaubnis außerhalb des Asylrechts erhalten. Sollte im Jahr 2018 der Familiennachzug auch auf subsidiär Schutzberechtigte erweitert werden, ist mit einer erheblichen Erhöhung der Zahlen und weiteren Belastungen auch für die Stadt Trier zu rechnen.

Keine verlässliche Altersfeststellung bei unbegleiteten „minderjährigen“ Flüchtlingen

In der letzten Ausgabe unserer „Blauen Post“ hatten wir darüber informiert, dass die Unterbringung eines einzigen sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings (UMF) in einer Jugendhilfeeinrichtung die Stadt monatlich 4600 € kostet. Gleichzeitig findet selbst dann keine wirksame Alterskontrolle bei diesen Personen statt, wenn Passdokumente fehlen. Wie Sozialdezernentin Birk auf unsere Anfrage hin mitteilte, setzt man auch in Trier ausschließlich auf das Verfahren der „qualifizierten Inaugenscheinnahme“ durch zwei Fachkräfte der Jugendhilfe unter Hinzuziehung eines Dolmetschers.

Dabei haben Erfahrungen im Saarland oder in Hamburg gezeigt, dass ein nicht unerheblicher Teil der UMF falsche Altersangaben macht, um sich die mit dem Status „minderjährig“ verbundenen besonderen Sozialleistungen zu erschleichen. So wurde auch der Mörder der Freiburger Studentin Maria L. bei seiner Ankunft in Deutschland als 17-Jähriger Flüchtling anerkannt, obwohl er nach Auskunft seines Vaters tatsächlich 32 Jahre alt war. Die AfD fordert auf kommunaler wie auf Landesebene die Einführung medizinischer Alterskontrollen in den Fällen, in denen es Zweifel an der Glaubwürdigkeit der von den Betroffenen gemachten Altersangaben gibt. Die hier einzusetzenden Verfahren finden in der Gerichtsmedizin regelmäßig Anwendung und werden auch von anderen europäischen Staaten zur Altersfeststellung angeblich minderjähriger Flüchtlinge erfolgreich praktiziert.

Qualität statt Quantität AfD lehnte Langenberg und Brubach ab

Nach monatelangen Diskussionen und heftigen Bürgerprotesten aus den betroffenen Stadtteilen hat der Stadtrat am 8. März 2017 beschlossen, ein Baugebiet „Brubacher Hof“ in den Flächennutzungsplan aufzunehmen und dafür den Bereich „Langenberg“ lediglich als langfristige „Entwicklungsreserve vorzusehen. Große Erleichterung in Euren, Ernüchterung und Frust in Mariahof.

Die AfD-Fraktion hat sich nach ausführlicher Würdigung der Pro- und Contra-Argumente gegen die Ausweisung von Bauland in beiden Gebieten ausgesprochen. Denn beide Standorte sind für eine umfangreiche Bebauung ungeeignet. Sowohl beim Brubacher Hof als auch im Bereich Langenberg sehen wir erhebliche städteplanerische Probleme sowie massive Belastungen im Hinblick auf Naturschutz und Verkehr. Auch der Architektur- und Städtebaubeirat stellt fest, dass beide Flächen erheblichen Restriktionen unterliegen. Die IHK Trier warnt vor der zusätzlichen Verkehrsbelastung. Nicht ohne Grund gab und gibt es in der Bürgerschaft erheblichen Widerstand gegen diese Projekte.

Darüber hinaus halten wir den von der Stadtverwaltung beschriebenen Baulandbedarf für unangemessen hoch. Nach einer erst im Dezember 2017 veröffentlichten Berechnung des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik Trier in Zusammenarbeit mit Prof. Ulrich von der Universität Bielefeld wird die Einwohnerzahl Trier mit hoher Wahrscheinlichkeit schrumpfen. Entgegen der im Zusammenhang mit der Diskussion um neue Baugebiete immer wieder aufgestellten Behauptung, Trier sei eine wachsende Stadt und brauche daher dringend Raum, sprechen die hier vorgelegten Zahlen eine andere Sprache. Die Einwohnerzahlen werden bestenfalls stagnieren, eher aber sinken – im ungünstigsten Fall bis auf 100.000. Sollten wir daher unter Berufung auf offensichtlich falsche Wachstumsprognosen immer weitere Bauflächen

schaffen, dann besteht die Gefahr, dass ein Überangebot an Wohnraum zu einer Verödung der Ortskerne in den Stadtteilen führt, in denen es bereits jetzt Leerstände im Altbaubereich gibt. Zudem verstärken wir durch die Ausweisung neuer Baugebiete in den Ballungszentren die aktuell stattfindende Landflucht. Dabei ist der Erhalt der ländlichen Regionen gerade für Rheinland-Pfalz von existentieller Bedeutung. Eine Konzentration der Menschen auf wenige Metropolen würde eine große soziale und kulturelle Verarmung mit sich bringen. In diesem Sinne heißt es auch in einer gemeinsamen Stellungnahme von BUND und NABU: „Die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt sind weitgehend erschöpft. Die Ausweisung von Bauflächen wird substantiell unverzichtbare Flächen in Anspruch nehmen. Ein Wettlauf mit dem Umland über günstige Bauflächen dient nicht einer nachhaltigen Regionalentwicklung.“ Mit den unstrittigen oder bereits beschlossenen Baugebieten in Feyen, Ruwer, Euren und Zewen sowie einer Verdichtung der vorhandenen Bebauung tragen wir dem Baulandbedarf in Trier schon jetzt ausreichend Rechnung. Weitere Planungen sollten vorerst aufgeschoben und dann in Abhängigkeit von der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung beurteilt werden. Einen Beschluss mit solcher Tragweite über die Köpfe der unmittelbar betroffenen Menschen hinweg durchzusetzen, lehnen wir jedenfalls prinzipiell ab.

Als konservative Partei steht die AfD für die Bewahrung von Heimat, Kultur und Natur. Dazu gehört das Maßhalten und manchmal auch der Verzicht. Immer mehr Bodenversiegelung, fortschreitender Naturverbrauch, steigende Verkehrs- und Lärmbelastung gehen letztlich zu Lasten der hier lebenden Menschen. Nachhaltige Stadtplanung muss daher weniger auf numerisches Wachstum setzen, als vielmehr dem Grundsatz „Qualität statt Quantität“ folgen. Nicht die Einwohnerzahl der Stadt Trier ist entscheidend, sondern Lebensqualität und Wohlbefinden ihrer Bewohner. Wenn wir diese bewahren wollen, dann sollten wir den Mut haben, bescheidener zu sein. Weder ein Baugebiet Brubach noch ein Baugebiet Langenberg sind für eine positive Stadtentwicklung zwingend notwendig, sie stehen ihr sogar eher im Wege.



Gegen den Willen der Mariahofer: Baugebiet statt Naturschutz

Karl-Marx-Jahr 5,50 Meter Schrumpf-Marx kein Kompromiss!



Der Plan der Stadt Trier, eine riesige Karl-Marx-Statue als Geschenk der Volksrepublik China aus Anlass des Marx-Jubiläums im Jahr 2018 im Herzen unserer Stadt aufzustellen, stieß nicht nur in Trier, sondern auch weit darüber hinaus auf scharfe Kritik. Daraufhin beschloss der Rat zunächst nur die grundsätzliche Annahme des Geschenks und forderte die Verwaltung auf, weitere Verhandlungen über Größe und Standort mit den chinesischen Gebern zu führen. Am 6. April 2017 debattierte das Gremium dann erneut über das Projekt. Das Ergebnis dieser Diskussion war eine Farce: Ein um ganze 80 cm geschrumpfter Marx an der gleichen Stelle wie zuvor geplant!

Unser Fraktionsvorsitzender Michael Frisch äußerte sich dazu in der Stadtratssitzung wie folgt: „Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, was wir in den letzten Wochen hier erlebt haben und was sich heute fortzusetzen scheint. Da gibt es in der CDU-Frakti-

on erhebliche Bedenken gegen die Errichtung einer riesigen Marx-Statue mitten in der Stadt. Auch Teile der Grünen-Fraktion lehnen das Denkmal mit dem Hinweis auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China ab. Weil zudem FDP und AfD ankündigen, ihre Zustimmung zu verweigern, droht das ganze Projekt zu scheitern. Dann aber greift der CDU-Fraktionsvorsitzende in die Trickkiste. Auf seinen Vorschlag hin wird die Annahme des Geschenks der Volksrepublik China beschlossen, die Entscheidung über Größe und Standort aber trotz kla-

rer Absprachen mit dem chinesischen Künstler vertagt. Wir nehmen den Marx, alles Weitere bleibt offen. Nein, meine Damen und Herren, es ist nichts offen geblieben. Es kam vielmehr so, wie es kommen musste. Es wurde verhandelt, was eigentlich nicht mehr zu verhandeln war. Und so kreißte Berg und gebar eine Maus. 80cm weniger Marx am gleichen Platz, 5,50m statt 6,30m, lediglich gut 10% kleiner als geplant, immer noch mitten in der Stadt. Bei allem Respekt, Herr Oberbürgermeister, das ist kein tragfähiger Kompromiss, das ist der offenkundige Versuch, darüber hinwegzutäuschen, dass es niemals einen

wirklichen Verhandlungsspielraum gab. Und wenn Sie sagen, die jetzt vereinbarte kosmetische Veränderung zeige, dass es den Chinesen nicht um Ideologie gegangen sei, dann ist das vielleicht eine diplomatische, aber keinesfalls eine realistische Bewertung. Ich halte mich da eher an den Trierer Sinologen Prof. Christian Soffel, der im TV gerade die geringe Kompromissbereitschaft der Chinesen als Beleg dafür bezeichnet, dass

das Geschenk gezielte Propaganda ist. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sollten Sie tatsächlich jemals gegen dieses Projekt gewesen sein, dann sind sie sehenden Auges in eine Falle getappt, aus der es kein Entrinnen gab. Sie werden dieses Projekt heute absegnen, sie werden die angeblich falsche Stelle genauso akzeptieren wie die zuvor kritisierte monströse Größe. Fast nichts hat sich geändert und doch werfen Sie offensichtlich alle Bedenken über Bord. So viel Opportunismus lässt mich fassungslos zurück.“

„Wenn die Stadträte von Trier meinen, millionenfache Verbrechen im Namen des Marxismus-Leninismus ehren zu wollen, dann ist das ihr demokratisches Recht. Für die Opfer der Verbrechen, die auf den geistigen Urheber Karl Marx zurückgehen, ist dieser Vorgang nur als respektlos und menschenverachtend zu bezeichnen. Während kommunistische Vorbilder wie Karl Marx in Deutschland durch das Aufstellen von Standbildern geehrt werden, warten die Opfer des Kommunismus vergeblich auf ein Mahnmal. Das Verhalten des Trierer Stadtrates ist dekadent und abstoßend.“
(Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft)